

Postulat

E-Government – einfacher, schneller und bürgernaher kommunizieren

Der Gemeinderat wird beauftragt zu prüfen, wie die Online-Dienstleistungen der Stadt Nidau schrittweise ausgebaut werden können, mit dem Ziel, den Behördenverkehr mittel- bis längerfristig auf die Erbringung umfassender E-Government-Dienstleistungen auszurichten.

Begründung:

Die Digitalisierung schreitet weiter voran, der Bedarf der Bürgerinnen und Bürger nach elektronisch verfügbaren Dienstleistungen nimmt stetig zu. E-Government hat den unbestrittenen Vorteil, dass Dienstleistungen effizient und bürgernah angeboten werden können und diese zudem rund um die Uhr abrufbar sind. Auf der Internetseite der Stadt Nidau sind bereits zahlreiche Informations- und Online-Dienstleistungen verfügbar (Download-Möglichkeiten, Bestellung amtlicher Dokumente und Tageskarten, An- und Abmeldung von Hunden etc.). Das Angebot ist jedoch klar ausbaufähig. Aktuell wird im Bereich des E-Governments zwischen vier Stufen unterschieden:

- Auf einer ersten Stufe bieten Internet-Portale der öffentliche Hand Informationen zum Herunterladen an.
- Auf der zweiten Stufe können amtliche Formulare heruntergeladen werden.
- Auf der dritten Stufe können Formulare und Aufträge vollständig elektronisch abgewickelt werden.
- Auf der vierten Stufe schliesslich kann der gesamte Prozess inklusive eines Entscheids und der Abgeltung von Gebühren über das Portal der öffentlichen Hand erfolgen.

Die Stadt Nidau bewegt sich mit ihrem Angebot weitgehend auf der ersten und zweiten Stufe. Der Gemeinderat soll deshalb prüfen, wie das Angebot in Zukunft weiter ausgebaut und schrittweise auf die dritte und vierte Stufe angehoben werden kann. Ein ähnlich lautender Vorstoss wurde bereits 2010 im Stadtrat eingereicht. Aufgrund der Tatsache, dass die Website der Stadt Nidau aktualisiert werden soll und zudem in der Zwischenzeit in der Gemeindeverwaltung die elektronische Dossierführung eingeführt worden ist, macht eine neuerliche Prüfung des Anliegens Sinn.

Nidau, den 24. November 2016

Der Motionär: Philippe Messerli, EVP